

Pressemitteilung

Tagung „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland“ Rückblicke, Gegenwart und Diskussion

Am 1. und 2. Dezember 2017 wird in Potsdam auf „30 Jahre Antifa in Ostdeutschland“ zurückgeblickt. Drei Jahrzehnte nach dem Angriff von Neonazis auf ein Punk-Konzert in der Berliner Zionskirche und der anschließenden Gründung der ersten unabhängigen Antifa-Gruppen in der DDR will die Tagung Brücken zwischen den verschiedenen Generationen von Zeitzeug*innen, politischen Aktivist*innen und gesellschaftskritischen Wissenschaftler*innen schlagen. Und zwar mit dem Ziel, sowohl über die eigene Bewegungsgeschichte zu diskutieren als auch verloren gegangenes Wissen für die Gegenwart nutzbar zu machen.

Auf dem Programm stehen Themen wie Neonazis und Rassismus in der DDR und Gegenwart, das Spannungsfeld von militanter Selbstverteidigung und staatlicher Repression sowie die Bedeutung von Subkulturen und besetzten Häusern als antifaschistische Orte damals und heute. Außerdem ein Rückblick auf die Pogrome von Hoyerswerda 1991 bis Heidenau 2015, der Antifa- und Antira-Widerstand dagegen und das Gedenken danach. Weiterhin fragen wir, welche Anlässe Aktivist*innen hatten und haben, sich politisch zu engagieren und nach dem Verhältnis von Antifa in Ost-West und Stadt-Land.

Das Auftaktpodium beginnt am 1. Dezember 2017, 18 Uhr im Rechenzentrum, Dortustr. 46 Ecke Breite Str. in Potsdam. Die Arbeits- und Diskussionskreise finden am 2. Dezember ab 10 Uhr auf dem Freiland-Gelände, Friedrich-Engels-Straße 22 statt.

+++

Weitere Informationen, Ablauf und Teilnahme-Anmeldung auf www.afa-ost.de
Anfragen bitte an kontakt@afa-ost.de

Auftaktpodium zur Tagung

1. Dezember // 18.00 Uhr

Rechenzentrum // Dortustr. 46 Ecke Breite Str.

Arbeits- & Diskussionskreise

2. Dezember // 10.00 Uhr (Frühstück ab 09.00 Uhr)

Freiland-Gelände // Friedrich-Engels-Straße 22

Ausschlussklausel

Wir weisen darauf hin, dass Faschist*innen, Nazis, Nationalkonservative, Rechtspopulist*innen, Rechtsnationalist*innen, Rassist*innen, Antisemit*innen, Reichsbürger*innen, sowie Mitarbeiter*innen und Zuträger*innen von Geheimdiensten, den bewaffneten Organen, etc. auf der Tagung nicht erwünscht sind. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und den zuvor genannten Personen den Zutritt zu den Veranstaltungsorten zu verwehren, oder von diesen auszuschließen.